

Konzessionsvertrag

z w i s c h e n

der Stadt Viernheim, vertreten durch den Magistrat der Stadt Viernheim, Kettelerstr.3,
68519 Viernheim

u n d

den Stadtwerken Viernheim GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Industriestraße 2,
68519 Viernheim

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- (1) Die Stadt überträgt den Stadtwerken und diese übernehmen die öffentliche Versorgung der Stadt und ihrer Einwohner innerhalb des Stadtgebietes (Versorgungsgebiet) mit Elektrizität, Gas, Wasser und Fernwärme für private, gewerbliche, landwirtschaftliche und industrielle Zwecke.
- (2) Werden Gebiete in das Stadtgebiet eingegliedert, in denen die Stadtwerke eine Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und/oder Fernwärmeversorgung betreiben, so gilt dieser Vertrag auch für diese Gebiete.
- (3) Die Stadtwerke haben Anmeldungen und Genehmigungen für die Durchführung der Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung und die Benutzung öffentlichen oder privaten Eigentums selbst auf ihre Kosten zu beschaffen.
- (4) Die Stadtwerke werden die Stadt bei der Aufstellung eines örtlichen Energiekonzeptes im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen und insbesondere dazu erforderliche Daten zur Verfügung stellen, soweit diese Daten bei den Stadtwerken vorhanden sind und der Weitergabe gesetzlicher Bestimmungen nicht entgegenstehen.
- (5) Dieser Vertrag beinhaltet nicht die Nutzung der Elektrizitätsversorgungsleitungen für Telekommunikationsdienstleistungen. Sollte diese Nutzung wirtschaftlich möglich sein, werden die Stadt Viernheim und die Stadtwerke Viernheim GmbH Verhandlungen über eine eventuelle Vergütung aufnehmen, sofern solche Entgelte branchenüblich werden.

§ 2

Benutzung der öffentlichen Verkehrsräume/Eigenversorgung

(1) Die Stadt räumt den Stadtwerken das Recht ein, die im Versorgungsgebiet gelegenen und der Verfügungsgewalt der Stadt unterliegenden öffentlichen Verkehrswege (z.B. Straßen, Wege, Brücken, Plätze usw.) zur Verlegung, zum Betrieb und zur Unterhaltung von Leitungen einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör für eine unmittelbare öffentliche Versorgung von Letztverbrauchern mit Elektrizität, Gas, Wasser und Fernwärme im Versorgungsgebiet zu benutzen, soweit der Gemeingebrauch dadurch nicht oder nur vorübergehend beeinträchtigt wird und Rechte Dritter dieser Benutzung nicht entgegenstehen. Das Benutzungsrecht erstreckt sich auch auf sonstige Anlagen der Versorgung.

Die Stadtwerke können diese Anlagen auch für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Fernwärme von Gebieten außerhalb des Versorgungsgebietes gemäß § 1 benutzen, und sie können zu diesem Zweck Anlagen im Versorgungsgebiet errichten und betreiben.

(2) Die Stadt gestattet den Stadtwerken im Rahmen des Zumutbaren auch die Benutzung ihrer sonstigen Grundstücke, die nicht öffentliche Verkehrsräume im Sinne von Abs. 1 sind, für Zwecke der öffentlichen Versorgung auf Verlangen der Stadtwerke. Tritt durch eine Benutzung dieser Grundstücke eine erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigung ein, so sind die Stadtwerke bereit, nach Maßgabe eines hierüber besonders abzuschließenden Vertrages eine Entschädigung zu zahlen.

Die Stadt wird den Stadtwerken eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit einräumen.

(3) Die Stadt wird den Stadtwerken während der Laufzeit dieses Vertrages bei der Beschaffung von Grundstücken zur Errichtung und zum Betrieb aller für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und/oder Fernwärme erforderlichen Anlagen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach besten Kräften Unterstützung gewähren.

(4) Die Stadt übernimmt keine Gewähr dafür, dass die öffentlichen Verkehrsräume, in oder auf denen Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgungsanlagen der Stadtwerke verlegt oder errichtet sind, in ihrem Bestand unverändert oder im Eigentum der Stadt verbleiben.

Eine beabsichtigte Veräußerung dieser Grundstücke wird die Stadt den Stadtwerken rechtzeitig mitteilen und auf deren Verlangen und Kosten die für vorhandene Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgungsanlagen bestehenden Rechte der Stadtwerke durch Bestellung von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten zugunsten der Stadtwerke sicherstellen.

(5) Die Stadtwerke verpflichten sich, von der Stadt auf der Basis von Abfallenergie oder regenerativen Energien einschließlich Solarenergie erzeugte Elektrizität oder Fernwärme abzunehmen und entsprechend der gesetzlichen Vorschriften zu vergüten. Dies gilt auch für Elektrizität oder Fernwärme aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Einspeisung von selbsterzeugtem Gas in das Versorgungsnetz der Stadtwerke bedarf gesonderter Vereinbarung.

§ 3

Planung, Bau und Unterhaltung von Versorgungsanlagen in öffentlichen Verkehrsräumen

(1) Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgungsanlagen in öffentlichen Verkehrsräumen sind von den Stadtwerken im Einvernehmen mit der Stadt so zu planen, dass der Hauptzweck, dem die öffentlichen Verkehrsräume dienen, möglichst wenig beeinträchtigt wird. Die Stadt kann eine Änderung der Planung verlangen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse oder ein anderer wichtiger Grund es erfordert.

(2) Die Stadtwerke und die Stadt werden sich vor Erstellung der Investitionspläne gegenseitig über Planungen zum Ausbau der Versorgungsanlagen bzw. der Verkehrsräume informieren. Darüber hinaus wird die Stadt die Stadtwerke ggf. über einschlägige Planungen anderer Inhaber von Wegerechten unterrichten. Die Planungen sollen nach Möglichkeit so aufeinander abgestimmt werden, dass ein Konflikt zwischen den öffentlichen Interessen der Stadt und den Interessen der öffentlichen Energieversorgung vermieden wird.

(3) Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgungsanlagen werden von den Stadtwerken nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst erstellt, betrieben und unterhalten.

(4) Für Aufgrabungen von öffentlichen Verkehrsräumen haben die Stadtwerke, sofern es sich nicht um die Beseitigung von Schäden handelt, die keinen Aufschub duldet, rechtzeitig die erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Die Stadtwerke werden sich vor Beginn der Arbeiten auch mit den übrigen Benutzern der öffentlichen Verkehrsräume wegen der Lage etwaiger sich darin befindlicher Kabel, Leitungen oder Kanäle in Verbindung setzen. Bei Straßenbauarbeiten, die die Stadt durch fremde Unternehmen ausführen lässt, wird die Stadt den betreffenden Unternehmer verpflichten, bei seinen Arbeiten alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung bestehender Anlagen der Stadtwerke zu treffen, über vorhandene Anlagen bei den Stadtwerken Auskunft einzuholen und die Stadtwerke unverzüglich zu benachrichtigen, falls bei den Arbeiten Anlagen der Stadtwerke freigelegt oder in Mitleidenschaft gezogen werden.

(5) Die Stadtwerke verpflichten sich, alle Arbeiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers sach- und fachgerecht durchzuführen oder durchführen zu lassen und dabei insbesondere die Verkehrssicherungspflichten zu übernehmen.

(6) Nach Beendigung der Arbeiten sind die benutzten Teile der öffentlichen Verkehrsräume von den Stadtwerken wieder in einen einwandfreien, der früheren Beschaffenheit entsprechenden Zustand zu versetzen. Die Wiederherstellung der früheren Beschaffenheit wird von der Stadt und den Stadtwerken gemeinsam abgenommen. Sollten nach gemeinsamer Abnahme innerhalb von 2 Jahren Mängel, die auf die Arbeiten der Stadtwerke zurückzuführen sind, an den betreffenden Stellen eintreten, so sind die Stadtwerke verpflichtet, diese Mängel zu beheben. Sollten innerhalb weiterer 3 Jahre Mängel, die offensichtlich auf Arbeiten der Stadtwerke zurückzuführen sind, eintreten, sind die Stadtwerke verpflichtet, die Mängel zu beheben. Kommen die Stadtwerke ihrer Verpflichtung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nach, so hat die Stadt das Recht, die Arbeiten auf Kosten der Stadtwerke ausführen zu lassen, falls die Stadtwerke einer schriftlichen Aufforderung in angemessener Frist nicht Folge leisten; bei Gefahr im Verzuge kann die Stadt sofort die erforderlichen Maßnahmen treffen.

(7) Die Stadt wird die Stadtwerke von allen Änderungen an ihren öffentlichen Verkehrsräumen, die möglicherweise eine Änderung, Verlegung oder Beseitigung von Versorgungsanlagen bedingen, rechtzeitig verständigen.

Erweiterungen im Straßennetz oder Projekte über die Erschließung neuer Bebauungsgebiete sind den Stadtwerken rechtzeitig mitzuteilen.

Beim Ausbau oder Umbau bestehender öffentlicher Verkehrsräume oder bei der Anlegung neuer öffentlicher Verkehrsräume wird die Stadt den Stadtwerken die Möglichkeit einräumen, Versorgungsanlagen im Rahmen der Baumaßnahmen kostensparend ohne Wiederherstellungskosten zu errichten oder auszuwechseln.

§ 4

Folgepflicht und Folgekosten

(1) Ist aus Gründen des Straßenbaus, der Verkehrssicherheit oder sonstigen im öffentlichen Interesse liegenden wichtigen Gründen eine Änderung, Umlegung oder Beseitigung von Versorgungsanlagen der Stadtwerke notwendig, so werden die Stadtwerke derartige Maßnahmen nach Aufforderung durch die Stadt innerhalb einer angemessenen Frist durchführen.

2) Die durch die Maßnahmen nach Abs. 1 entstehenden Folgekosten trägt die Stadt. Hat die Durchführung von Maßnahmen nach Abs. 1 eine Werterhöhung der Versorgungsanlagen der Stadtwerke zur Folge, werden die Stadtwerke die Kosten bis zur Höhe der Wertsteigerung übernehmen.

(3) Erfolgt die Änderung, Umlegung oder Beseitigung von Versorgungsanlagen auf Veranlassung eines Dritten, sind sich die Stadt und die Stadtwerke einig, dass der Dritte als Veranlasser die vollen Kosten zu tragen hat.

Die Stadt wird die Stadtwerke bei Durchsetzung diese Ansprüche unterstützen.

(4) Zu den Folgekosten gehören alle Aufwendungen, die den Stadtwerken durch eine Änderung, Umlegung oder Beseitigung von Versorgungsanlagen entstehen, einschließlich der Aufwendungen, die die Stadtwerke zum Schutz der Versorgungsanlagen treffen müssen. Für den Einnahmeausfall, der mit einer Änderung, Umlegung oder Beseitigung von Versorgungsanlagen verbunden ist, hat die Stadt keine Entschädigung an die Stadtwerke zu zahlen.

§ 5

Anschluss und Versorgungspflicht

(1) Die Stadtwerke sind verpflichtet, im Versorgungsgebiet jedermann zu ihren allgemeinen Versorgungsbedingungen nach den jeweils geltenden Bestimmungen an ihr Versorgungsnetz anzuschließen und zu versorgen. Das Recht der Stadtwerke zum Abschluß von Sonderverträgen bleibt unberührt.

(2) Sollten die Stadtwerke durch behördliche Maßnahmen oder durch höhere Gewalt an der Erzeugung, der Gewinnung, dem Bezug oder der Verteilung von Elektrizität, Gas, Wasser oder Fernwärme verhindert sein, so ruht ihre Verpflichtung zur Lieferung von Elektrizität, Gas, Wasser oder Fernwärme. In derartigen Fällen sind die Stadtwerke verpflichtet, eine ordnungsgemäße Lieferbereitschaft mit allen wirtschaftlich vertretbaren Mitteln wieder herzustellen. Zur Entschädigungsleistung sind die Stadtwerke in solchen Fällen nicht verpflichtet.

(3) Die Stadtwerke gewähren der Stadt für deren eigenen Verbrauch mit Ausnahme des Verbrauchs in Wohnungen und Mietshäusern einen Nachlass von 10 % auf die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernwärmepreise, soweit nach den allgemeinen Tarifen abgerechnet wird. Im übrigen kommen die üblichen Sonderverträge der Stadtwerke zur Anwendung.

(4) Anlagen für die öffentliche Löschwasserversorgung und den Feuerschutz werden von den Stadtwerken im Rahmen der Trinkwasserversorgung unentgeltlich errichtet und unterhalten (Grundschutz). Soweit die Herstellung der Anlagen für die öffentliche Löschwasserversorgung und den Feuerschutz Mehrkosten verursachen, können diese der Stadt in Rechnung gestellt werden. Die erforderliche Kontrolle der Funktionstüchtigkeit dieser Anlagen wird von der Stadt (Feuerwehr) und den Stadtwerken gemeinsam durchgeführt.

§ 6

Konzessionsabgabe

(1) Die Stadtwerke zahlen an die Stadt für die Einräumung der Vertragsrechte die nach Preis- und Steuerrecht für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung höchstzulässige Konzessionsabgabe.

(2) Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Elektrizität oder Gas an Letztverbraucher, so sind für diese Lieferungen Konzessionsabgaben in der Höhe in Rechnung zu stellen und nach Eingang an die Stadt abzuführen, wie sie die Stadtwerke in vergleichbaren Fällen für ihre eigenen Lieferungen zu zahlen haben.

(3) Die Leistungsgrenze in § 2 Abs. 7 Satz 1 KAV ist nur dann anzuwenden, wenn die vom Kunden beanspruchte Leistung ohnehin gemessen wird, wobei die von den Stadtwerken allgemein angewendete Leistungsmessung entscheidend ist. Für die konzessionsabgabenrechtliche Einstufung eines Kunden als Tarif- oder Sondervertragskunden durch die Stadtwerke gemäß § 2 Abs. 7 KAV wird eine Leistungsmessung also nicht verlangt.

(4) Wird ein Weiterverteiler über öffentliche Verkehrswege mit Elektrizität und Gas beliefert, der diese Energie ohne Benutzung solcher Verkehrswege an Letztverbraucher weiterleitet, so sind für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe in Rechnung zu stellen und nach Eingang zu zahlen, in der dies auch ohne seine Einschaltung zulässig wäre.

(5) Die Stadtwerke leisten vierteljährlich bis zum 15. des auf die Beendigung des Quartals folgenden Monats Abschlagszahlungen. Die Abschlagszahlungen werden in gleichbleibenden, zum Jahresanfang festgelegten Beträgen geleistet.

Eine Abrechnung über die für das Vorjahr zu zahlende Konzessionsabgabe wird - nach Feststellung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer - der Stadt übergeben.

Eine aufgrund der Abrechnung sich ergebende Restzahlung oder Erstattung ist jeweils zum 30. Juni fällig.

§ 7

Haftung

(1) Die Stadtwerke haften nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt oder einem Dritten durch die Erstellung, den Betrieb, die Unterhaltung, das Vorhandensein oder die Entfernung ihrer Versorgungsanlagen entstehen.

(2) Die Stadtwerke haben die Stadt von Schadensersatzansprüchen, die Dritte der Stadt gegenüber im Zusammenhang mit der Erstellung, dem Betrieb, der Unterhaltung, dem Vorhandensein oder der Entfernung von Versorgungsanlagen geltend machen, insoweit freizustellen, als die Stadt im Außenverhältnis haftet. Die Stadt wird solche Ansprüche Dritter nur mit Zustimmung der Stadtwerke anerkennen oder vergleichsweise regeln.

Etwaige Rechtsstreitigkeiten wird die Stadt im Einvernehmen mit den Stadtwerken führen. Die Stadtwerke tragen in diesem Fall alle der Stadt zur Last fallenden gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits. Sie müssen die ergehende Entscheidung gegen sich gelten lassen.

(3) Die Stadt haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen den Stadtwerken gegenüber für alle Schäden, die durch die Stadt oder durch deren Beauftragte den Versorgungsanlagen der Stadtwerke zugefügt werden.

§ 8

Vertragsänderungen, Rechtsgültigkeit

(1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie seine Aufhebung bedürfen der Schriftform.

(2) Die Vertragsschließenden sichern sich gegenseitig die loyale Erfüllung des Vertrages zu. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, so kann daraus nicht die Ungültigkeit des ganzen Vertrages hergeleitet werden. Die Vertragsschließenden verpflichten sich vielmehr, die ungültige Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen und technischen Erfolg möglichst gleichkommende rechtsgültige Bestimmung zu ersetzen.

(3) Treten während der Vertragsdauer Umstände ein, welche die technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrages so wesentlich berühren, dass Leistung und Gegenleistung nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, so kann jeder Vertragschließende eine Anpassung des Vertrages an die geänderten Verhältnisse verlangen.

(4) Schließt die Stadt mit einem Dritten über die Nutzung des öffentlichen Verkehrsraumes eine Vereinbarung ab, so wird die Stadt gegebenenfalls durch Vertragsanpassung sicherstellen, dass die Stadtwerke nicht schlechter als dieser gestellt ist.

§ 9

Endschaftsbestimmungen

(1) Falls die Stadt nach Ablauf dieses Vertrages die örtliche Versorgung mit elektrischer Energie selbst übernehmen will und kein anderes Energieversorgungsunternehmen die Versorgungsanlagen gem. § 13 Absatz 2 EnGW verlangt, ist sie berechtigt und auf Verlangen der Stadtwerke verpflichtet, von den Stadtwerken die im Vertragsgebiet vorhandenen, für die örtliche Versorgung bei rationeller Betriebsführung notwendigen Anlagen zu übernehmen. Eine Verpflichtung zur Übernahme besteht nicht für solche Anlagen, die in den letzten drei Jahren vor Vertragsende ohne Zustimmung der Stadt errichtet oder wesentlich geändert wurden. Hiervon ausgenommen sind Anlagen, deren Errichtung oder Änderung zur Erfüllung der Versorgungspflicht zwingend erforderlich waren.

(2) Die Stadt ist im Laufe der letzten drei Jahre vor Vertragsablauf berechtigt, von den Stadtwerken Auskunft über die technischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Energieversorgung zu verlangen. Die zur Feststellung des Sachzeitwertes notwendigen Daten werden der Stadt innerhalb der letzten 3 Jahre vor Vertragsablauf einmalig kostenlos durch die Stadtwerke zur Verfügung gestellt. Darüber hinausgehende Kosten und Aufwendungen sind den Stadtwerken zu erstatten.

(3) Als Entgelt hat die Stadt den Stadtwerken den Sachzeitwert der zu übernehmenden Anlagen zum Zeitpunkt der Übergabe zu vergüten. Als Sachzeitwert gilt der Herstellungswert der Anlagen zum Übernahmezeitpunkt (Tagesneuwert) unter Berücksichtigung der bisherigen Nutzungsdauer im Verhältnis zur betriebsüblichen Nutzungsdauer und des technischen Erhaltungszustandes der Anlagen. Vom Sachzeitwert werden die für das zu übertragende Netz erhaltenen, noch nicht aufgelösten Baukostenzuschüsse abgesetzt. Öffentliche Investitionshilfen und -abgaben werden zeitanteilig wertmindernd oder werterhöhend berücksichtigt.

(4) Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) miteinander abzustimmen. Die Kosten der Entflechtungsmaßnahmen tragen die Stadtwerke, die Kosten der Einbindungsmaßnahmen trägt die Stadt.

(5) Können sich die Vertragspartner über die zu übernehmenden Anlagen, über das Übernahmeentgelt oder über die notwendigen Entflechtungs- bzw. Einbindungsmaßnahmen nicht einigen, so ist der Sachverhalt einem Gutachterausschuss vorzulegen. Jeder der Vertragsschließenden bestellt einen Gutachter, diese bestellen ihrerseits gemeinsam einen Obmann. Können die Gutachter sich über die Person des Obmanns nicht einigen, so soll der Landgerichtspräsident in Darmstadt um die Ernennung des Obmanns ersucht werden. Der Obmann entscheidet, sofern sich die Gutachter nicht einigen können. Die ordentlichen Gerichte können von den Vertragsparteien erst angerufen werden, wenn die Vermittlung des Gutachterausschusses keinen Erfolg gehabt hat.

(6) Sollten sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Endschaftsbestimmungen ändern, werden die Vertragspartner über eine einvernehmliche Anpassung dieser Klausel verhandeln.

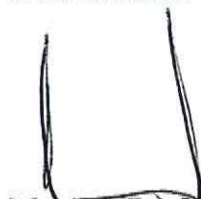
§ 10

Vertragsdauer

Dieser Vertrag beginnt mit der Eintragung der Stadtwerke Viernheim GmbH in das Handelsregister (21.10.1999) und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Er ersetzt die bisher zwischen den Vertragsschließenden geltenden vertraglichen Bestimmungen über die Benutzung öffentlicher Verkehrsräume. Rechtzeitig vor Vertragsablauf werden die Vertragsparteien über eine Fortsetzung der Vertragsbeziehungen in Verhandlungen treten.

Viernheim, den 19.06.2000

MAGISTRAT DER STADT VIERNHEIM

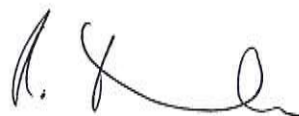


Matthias Baab
Bürgermeister



Stadtrat

STADTWERKE VIERNHEIM GmbH



Dr. R. Franke
Geschäftsführer

Nebenvereinbarung zum Konzessionsvertrag

1. Entsprechend § 6 Absatz 1 des Konzessionsvertrages zahlt die Stadtwerke Viernheim GmbH die nach Preis- und Steuerrecht für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung höchstzulässige Konzessionsabgabe.
2. Die Konzessionsabgabe für Strom u. Gas beträgt gem. der Konzessionsabgabeverordnung vom 9. Januar 1992:

Stromversorgung

1,20 Pf/kWh	bei Strom im Rahmen eines Schwachlasttarifes nach § 9 BtoElt.
3,12 Pf/kWh	bei Strom der nicht als Schwachlaststrom geliefert wird
0,22 Pf/kWh	bei Lieferung an Sondervertragskunden

Gasversorgung

1,21 Pf/kWh	bei Gas ausschließlich für Kochen und Warmwasser
0,53 Pf/kWh	bei sonstigen Tarifierungen
0,06 Pf/kWh	bei Lieferung an Sondervertragskunden (Heizgaskunden mit einem Jahresverbrauch über 200.000 kWh) werden nach Sonderverträgen abgerechnet.

3. **Die Konzessionsabgabe für Wasser beträgt gem. der Regelung für die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben von 1943:**

12 %	der Umsatzerlöse aus Lieferung Tarifkunden
1,5 %	aus Umsatzerlösen aus Lieferung an Sondervertragskunden

4. Bei Berechnung der Konzessionsabgaben gelten die Vorschriften der Konzessionsabgabeverordnung in der jeweils gültigen Fassung.
5. Diese Vereinbarung basiert auf der derzeitigen Sach- und Rechtslage. Sollte sich diese aufgrund des Wettbewerbs auf dem Energie- und Wassermarkt ändern, so erklärt sich die Stadt bereit, mit den Stadtwerken Gespräche zu führen mit dem Ziel, eine den beiderseitigen Interessen gerecht werdende Anpassung dieser Regelung an die aktuelle Sach- und Rechtslage zu finden.

Viernheim, den 19.06.2000

MAGISTRAT DER STADT VIERNHEIM

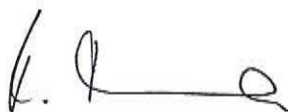


Matthias Baaß
Bürgermeister



Stadtrat

STADTWERKE VIERNHEIM GmbH



Dr. R. Franke
Geschäftsführer